

# Die Agrarunion und die Einigung Europas

Die „Agrarunion“ gehört zu jenen mit der Einigung Europas zusammenhängenden Planungen, deren Ziel weit gesteckt, deren Verwirklichung dagegen problematisch erscheint. Der Mangel an Klarheit hat übertriebene Hoffnungen und Befürchtungen erweckt, die erst langsam mit fortschreitender Analyse der Gegebenheiten einem grösseren Realismus weichen können.

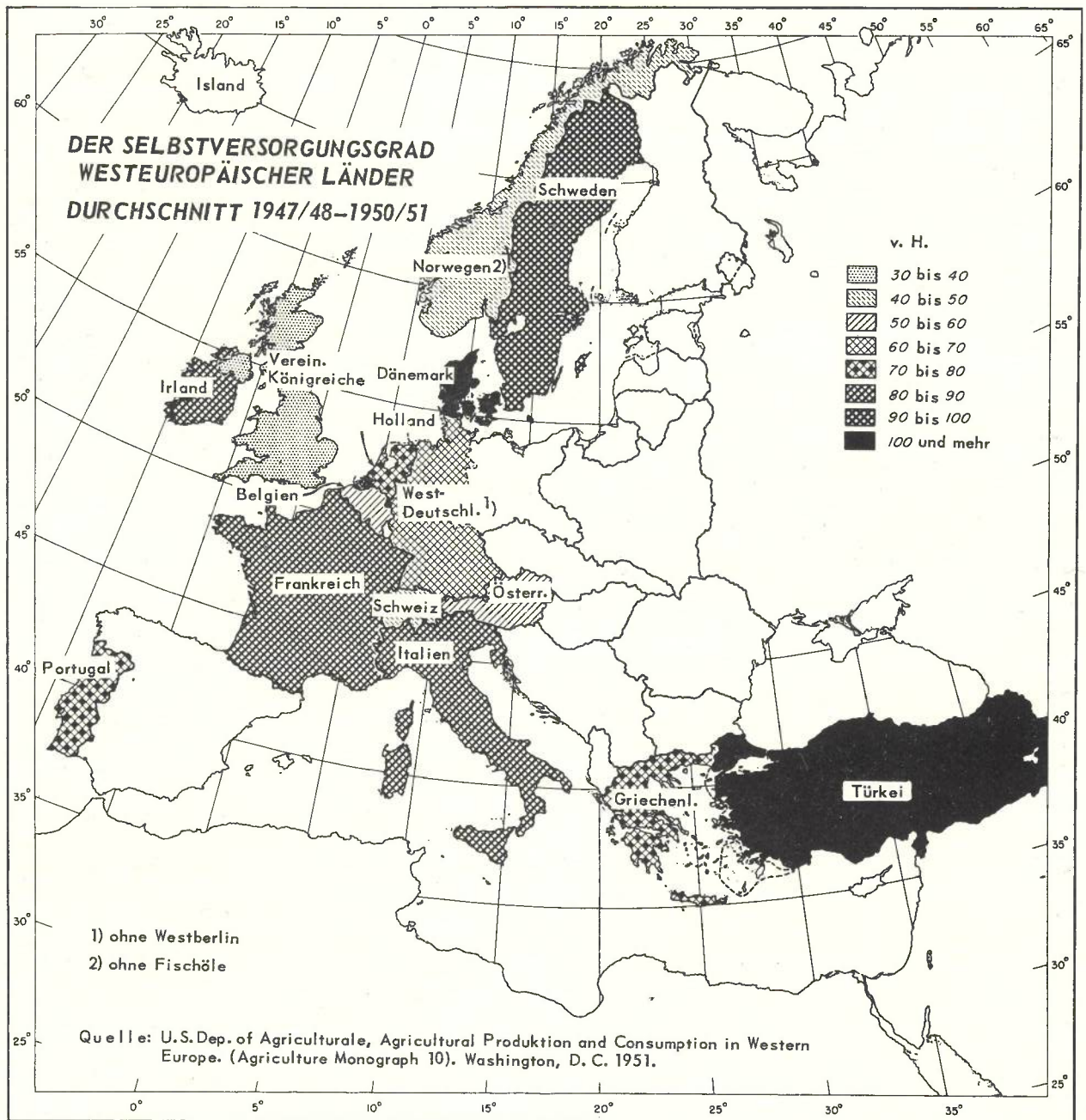
## Das Ziel

Der Vorschlag zu einer Agrarunion wäre undenkbar ohne die politischen Einigungsbestrebungen in Westeuropa. Aber die bisherigen Pläne für eine Agrarunion bilden insofern etwas Besonderes, als sie die

Einigung auf dem Gebiete der Landwirtschaft auf einem separaten Wege zu erreichen suchen. Dass die Landwirtschaft als der älteste und für die Existenz der Völker wichtigste Wirtschaftszweig eine besondere Rolle spielt, ist unbestritten. Die Frage ist jedoch, ob der mit der Agrarunion beschrittene Weg der Landwirtschaft grössere Vorteile bringt als die anderen, vom Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) schon seit einigen Jahren vorgelegten Pläne.

Mit Hilfe der Agrarunion hofft man zu erreichen, dass

1. die leistungsfähigen Produzenten in allen europäischen Staaten nicht mehr durch nationale Handelsschranken daran gehindert werden, ihre Pro-





duktion auf dem europäischen Markt abzusetzen. Das würde eine Verbilligung der Produktion und der Lebenshaltung bedeuten und dazu führen, dass jeder landwirtschaftliche Betrieb sich im gesamt-europäischen Wirtschaftsraum auf die für ihn günstigste Produktionsrichtung konzentrieren würde. Eine Steigerung der Leistungsfähigkeit und die Verbesserung der Stellung der Landwirtschaft insgesamt gesehen wäre die Folge.

2. Höhere Leistung bedeutet grössere Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland. Der bedeutende, 1951 4,4 Mrd. \$ betragende Einfuhrbedarf Westeuropas an Nahrungsmitteln könnte damit reduziert werden und
3. damit besonders die Dollarlücke verringert werden. Die Lieferungen an Getreide und Zucker kommen auch heute noch zum grössten Teil aus dem Dollarraum.

Der Zuschussbedarf Westeuropas an Grundnahrungsmitteln 1951  
(Einfuhr- oder Ausfuhr- (-) Überschuss in 1000 t)

Erzeugnis	Kontinental- Westeuropa <sup>1)</sup>	Gross- britannien	Westeuropa insges. <sup>1)</sup>
Brotgetreide <sup>2)</sup>	9 052	4 849	13 901
Futtergetreide	5 246	2 501	7 747
Zucker	897	1 583	2 480
Pflanzliche Öle (Ölwert)	1 633	1 026	2 659
Butter	- 137	313	176
Käse	- 74	197	123
Eier <sup>3)</sup>	- 60	77	17
Fleisch	- 308	1 080	772

1) Einschliesslich Türkei und Irland, aber ohne Spanien und Island.  
2) Durch Vorratskäufe überhöht. - 3) Nur Schaleneier.

Quelle: A. Hanau, Preisprobleme einer europäischen Agrarunion, Braunschweig 1953.

### Die Schwierigkeiten

Dass diese Konzeption des wirtschaftlich vereinigten Europa viel Verlockendes für sich hat, kann nicht bestritten werden. In diesem Zusammenhange wird vor allem auf die Vorteile des grossen US-amerikanischen Wirtschaftsraumes hingewiesen. Aber die Agrarpolitiker aller europäischen Länder sind keineswegs davon überzeugt, dass die theoretischen Möglichkeiten sich ohne grössere Gefahren für die Landwirtschaft in die Praxis umsetzen lassen. Ihnen ist der Spatz in der Hand mehr wert als die Taube auf dem Dache und das einfache, jedoch gesicherte Dasein erstrebenswerter als eine vielversprechende aber unsichere Zukunft.

Zugrunde liegt diesen Befürchtungen einmal die Vorstellung, dass ein freier Markt bereits den Keim zu einer Krise in sich trägt, wie sie 1930/32 erlebt wurde. Es wird dabei jedoch übersehen, dass es sich um einen Sonderfall handelte. Damals mussten auch alle Marktregelungen und Teilplanungen im Agrarsektor versagen; denn eine Wirtschaftskrise lässt sich nur mit Mitteln der allgemeinen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik wirksam bekämpfen.

Die zweite Quelle des Misstrauens gegen internationale Zusammenschlüsse ist die Befürchtung,

dass auf Grund der billigen Produktion der jeweils günstigsten europäischen Standorte die unter weniger vorteilhaften Bedingungen arbeitenden Grenzbetriebe nicht mehr existieren können.

Diese Gesichtspunkte haben dazu geführt, dass in den vergangenen 20 Jahren in den europäischen Staaten Methoden zur Beeinflussung der landwirtschaftlichen Märkte und Preise entwickelt worden sind, die ohne Rücksicht auf Gesamteuropa allein auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Landes zugeschnitten sind.

### Warum autonome Agrarpolitik?

Der Schutz des Bauerntums steht besonders in den kleinbäuerlichen westeuropäischen Staaten im Vordergrund agrarpolitischer Bestrebungen. Dem entsprechend suchen die Einfuhrländer die Preise besonders für Veredelungsprodukte durch Einfuhrbeschränkungen zu stützen. Aus den Bauernverbänden dieser Länder kommt daher die stärkste Opposition gegen alle internationalen Zusammenschlüsse, die eine Gefährdung des Familienbetriebes heraufbeschwören könnten.

Nach den Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre hängt die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit aufs engste mit dem Ausmass der ernährungswirtschaftlichen Selbstversorgung zusammen. Aus diesem Grunde wird die Agrarunion in erster Linie in der Schweiz und in Grossbritannien abgelehnt. Die Schweiz wünscht, ihre traditionelle Neutralitätspolitik fortzusetzen, und Grossbritannien fühlt sich dem Commonwealth mehr verpflichtet als einer europäischen Union.

Eine weitere Komplikation ergibt sich dadurch, dass die europäischen Einfuhrländer andere Interessen haben als die Ausfuhrländer Dänemark und Holland. Es liegt auf der Hand, dass Dänemark und Holland die freie Konkurrenz auf den europäischen Märkten befürworten, während andererseits die traditionellen Einfuhrländer seit Jahrzehnten ihre Landwirtschaft vor eben dieser Konkurrenz geschützt haben und sie jetzt nicht ohne weiteres dem Wettbewerb auf einem freien Markt aussetzen wollen.

Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Manipulationen, die mit der Grund für die heutige Zersplitterung auf den Agrarmärkten sind, hat die Sozial- und Lohnpolitik in ständig steigendem Masse eine Rolle gespielt. Die Stützung der wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten, die enge Bindung zwischen Preisen und Löhnen und überhaupt die Tatsache, dass die Lenkung der Wirtschaftspolitik heute bewusst die Entwicklung bis hinein in den Privathaushalt beeinflusst, hat dazu geführt, dass die agrarpolitische Markt- und Preispolitik mit in die sozialpolitischen Planungen eingebaut worden ist.

Insgesamt gesehen beeinflussen England, die Schweiz und Schweden die Agrarmärkte am umfassendsten. Demgegenüber hat Italien bereits die volle Liberalisierung bei allerdings hohen Zollsätzen durchgeführt und Dänemark sieht seine Lenkungsmaßnahmen vor allem als Folge der aussergewöhnlichen, durch den Koreakrieg mit verursachten internationalen Lage an. Die übrigen Länder - Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland - steuern einen Mittelkurs.

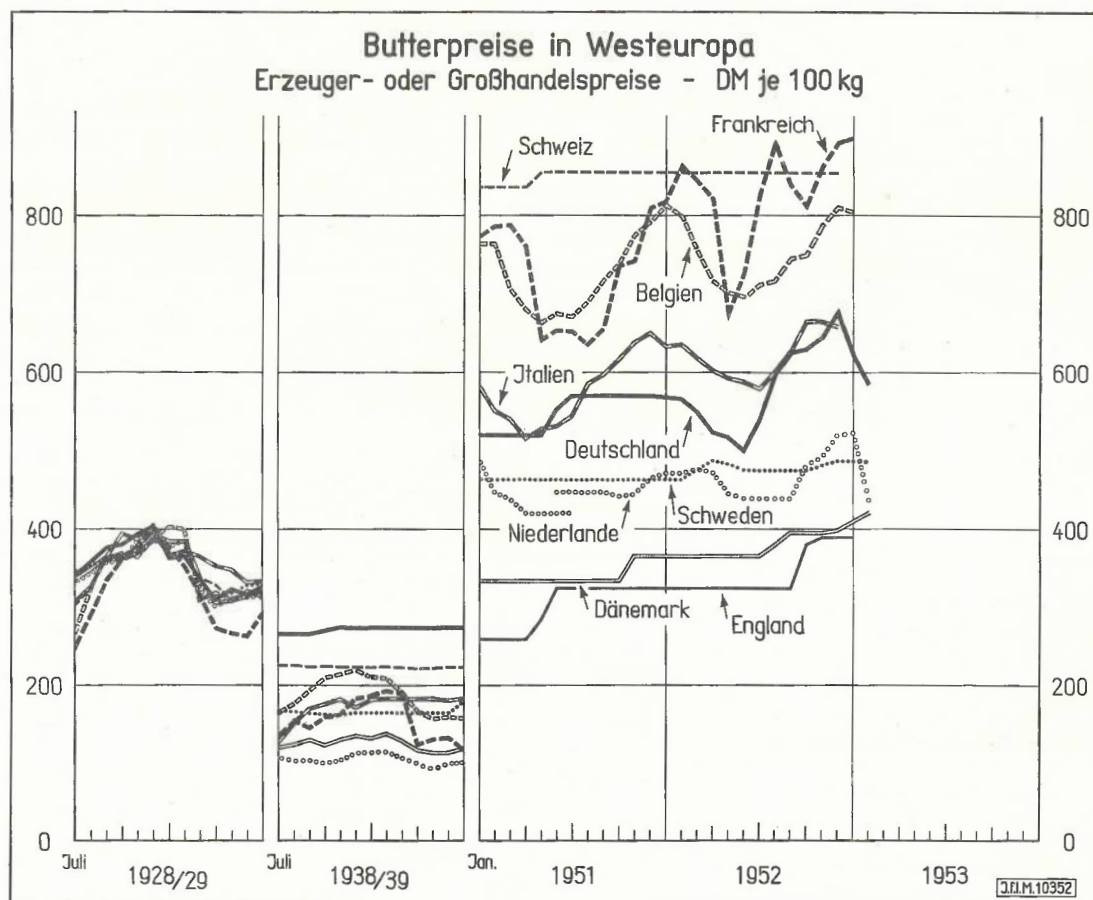


## Die Regulierung der Märkte

Unter den hier gegebenen grossen Gesichtspunkten spielt sich die Beeinflussung der einzelnen Agrarmärkte im allgemeinen nach gleichen Richtlinien ab. Die Steuerung der Agrarpreise wird von den Einfuhrländern durch Manipulierung der Einfuhren vorgenommen. Die Form der Einfuhrlenkung erstreckt sich vom staatlichen Einfuhrmonopol bis zur Festsetzung bestimmter Beimischungsprozentsätze über eine weite Skala. Im Inland wird zum Ausgleich von vorübergehenden Schwankungen in allen Ländern die Vorrathaltung zu Hilfe genommen. Schwierig erweist sich die Einhaltung eines angestrebten Preisniveaus immer dann, wenn die inländische Produktion grösser ist als die Menge, die zu dem festgesetzten Preis abgesetzt werden kann. Das trifft für Kontinentaleuropa in erster Linie bei Milch, Butter und Fleisch zu.

Staaten wegen ihrer grossen Bedeutung für den Familienbetrieb sehr weitgehend reguliert. Die Trinkmilchpreise sind in allen Ländern festgelegt, während die Einhaltung bestimmter Butterpreise nicht ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden kann. Die Käsepreise sind in allen Ländern frei. Ihr Niveau wird durch Einfuhrkontingentierung gestützt.

Grosse Schwierigkeiten bereitet die Manipulierung der Vieh- und Fleischpreise. Nur Einfuhrländer haben die Möglichkeit, die Inlandspreise durch die Regulierung der Einfuhren zu beeinflussen. In Ländern mit ständiger oder zeitweiser Selbstversorgung können die Preise nur mit Hilfe von Marktregelungen gestützt werden, wenn der Staat bereit ist, alle eintretenden Verluste aus öffentlichen Mitteln zu decken. Für alle Länder gilt jedoch, dass die Nachfrage nach Fleisch und anderen Gütern des elastischen Bedarfes (tierische Veredelungsprodukte, Obst und Feinge-



Das einzige Produkt, dessen Vermarktung in allen Ländern kontrolliert ist, ist Brotgetreide. Das ist allein psychologisch erklärlich, und es ist deshalb auch verständlich, dass nicht nur die Erzeugerpreise für Brotgetreide, sondern auch die Einzelhandelspreise von Brot in vielen Staaten festgesetzt sind. Aus sozialen Gründen wird daneben in mehreren Ländern Brot mit Staatsmitteln verbilligt. Nicht so umfassend ist die Bewirtschaftung von Futtergetreide.

Verhältnismässig einfach ist die Manipulierung des Zuckerpreises, weil die Durchsetzung bestimmter Preisziele über die Zuckerfabriken und die Raffinerien leicht möglich ist. Die Milch- und Buttermärkte sind besonders in den nordeuropäischen

müsen) in erster Linie von der Entwicklung des Verbrauchereinkommens beeinflusst wird.

Am wenigsten Einflussnahme besteht bei Eiern. Sie gehören zu den verderblichen Produkten, deren Manipulierung durch die Vorrathaltung schwierig ist. Die Einfuhrschleuse ist auch hier das wirksamste Mittel.

Aus dieser Aufzählung der verschiedenen Gesichtspunkte lässt sich ersehen, wie sehr Europa sich in den vergangenen 20 Jahren auseinandergeliebt hat. Jeder Staat hat sein eigenes System entwickelt und glaubt an dessen Richtigkeit und Wert. Es wird dabei übersehen, dass es früher einen gemeinsamen Markt gegeben hat und dass dies bis zur grossen

Krise 1930/32 für die Landwirtschaft aller Länder erträglich war. Aus dem nebenstehenden Schaubild über die Butterpreise in den europäischen Ländern lassen sich die einzelnen Phasen der agrarpolitischen Entwicklung gut erkennen. Noch im Jahre 1928/29 – dem Jahr der Hochkonjunktur – lagen die europäischen Butterpreise dicht beieinander. 10 Jahre später ist bereits ein durch die Devisenmassnahmen verursachtes Auseinanderlaufen der Preise zu erkennen, und heute haben Zölle und Einfuhrkontingentierung vollends zum Auseinanderklaffen der Marktpreise in den einzelnen Ländern geführt.

### *Ist ein gemeinsamer Markt möglich?*

Würde eine Agrarunion angesichts der verschiedenen hier aufgeführten Hindernisse wirklich den erstrebten einheitlichen Markt für landwirtschaftliche Produkte und die dabei erhofften Vorteile bringen? Schon jetzt, ehe noch ein fester Plan vorliegt, ergeben sich grosse Meinungsverschiedenheiten zwischen den Beteiligten, z.B. über das Ausmass einer solchen Union, über die technische Durchführbarkeit oder die Vollmachten einer evtl. zu schaffenden Hohen Behörde.

Als durchschlagende Argumente gegen eine isolierte Agrarunion sind anzuführen: Eine Teilunion würde die Bildung eines gemeinsamen Marktes nicht fördern, sondern nur hindern. Die z.Zt. in Europa bestehenden Schwierigkeiten im Handelsverkehr würden durch die Aufhebung der Handelshemmnisse im Agrarsektor nur auf andere Wirtschaftszweige verlagert und diese werden um so schwerer getroffen. Ja, es könnte sogar zur Wiedereinführung rigoroser Kontrollmassnahmen auf anderen Gebieten kommen, wenn die durch die Agrarunion ausgelösten Kräfte zu stark wären. Damit würde gerade den jahrelangen Bemühungen des europäischen Wirtschaftsrates entgegen gearbeitet und die echte umfassende Wirtschaftseinheit Europas unmöglich gemacht werden.

Der gemeinsame Markt ist nur dann durchführbar, wenn er auf alle Wirtschaftszweige gleichzeitig ausgedehnt wird. Dann werden auch die Vorteile des Zusammenschlusses – höherer Lebensstandard und dementsprechend gesteigerte Nachfrage nach Nahrungsmitteln – voll zur Auswirkung kommen können.

### *Die Aufgaben der Wirtschaftsunion*

Auch die grössere europäische Wirtschaftsunion steht vor Aufgaben, denen sich eine separate Agrarunion gegenüber sehen würde. Es sind zwei Probleme, die als Voraussetzung für das Gelingen der europäischen Wirtschaftsunion gelöst werden müssen:

1. In einer freien europäischen Wirtschaft muss eine gewisse Sicherung gegen das Auftreten einer schweren Wirtschaftskrise gegeben sein. Die Ein-

führung des freien Handelsverkehrs ist nicht gleichzusetzen mit der Wiedereinführung eines nicht lenkbaren liberalen Wirtschaftssystems. Auch nach Aufhebung der Devisenzwangswirtschaft wird die Beeinflussung und Stabilisierung des Wirtschaftsverlaufes mit den seit den dreissiger Jahren bekannten und erprobten Mitteln der Währungs-, Kredit- und Finanzpolitik ein wesentlicher Teil der Wirtschaftspolitik bleiben müssen.

Ja, man kann sagen, dass die Liberalisierung eine solche Stabilität des Konjunkturablaufes sogar zur Voraussetzung hat; denn alle erwähnten nationalen Massnahmen zur Stützung der Landwirtschaft haben ihren Ausgangspunkt letzten Endes in Depressions- und Notzeiten gehabt. Die Aufhebung dieser Zwangsmassnahmen wird nur möglich sein, wenn es sicher erscheint, dass Europa in eine von ernsthaften Rückschlägen freie Zukunft geführt werden kann. Hier liegt allerdings eine Hürde für den gemeinsamen Markt. Denn die Stabilisierung der europäischen Konjunktur verlangt, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik der beteiligten Staaten sich im Gleichschritt bewegt.

2. Das Funktionieren der europäischen Wirtschaftsunion erfordert die freie Austauschbarkeit der Währungen. Damit entfällt ein weiteres wesentliches Element autonomer Wirtschaftspolitik, das seit der Aufgabe des weltumfassenden Goldstandards für eine gelenkte Wirtschaft unentbehrlich gewesen ist. Denn dann gibt es keine nationale Vollbeschäftigungs- und Inflationspolitik mehr und keinen autonom gesteuerten in den meisten Fällen unwirklichen Devisenkurs.

Für die Agrarpolitik ist die Berichtigung falscher Wechselkurse von grösster Wichtigkeit. Eine Korrektur der Währungsrelationen würde zu einer Annäherung auch der Preise führen. Die dann noch verbleibenden Differenzen zwischen den einzelnen Ländern würden mit schrittweiser Liberalisierung vermindert werden, und es bedürfte nicht eines umfangreichen bürokratischen Apparates, der rasch zu schaffen, aber niemals zu beseitigen ist.

Im übrigen bedeutet die Beseitigung der mengenmässigen Einfuhrbeschränkungen noch nicht die Wiederherstellung des unumschränkten Wettbewerbs. Immer noch würde es z.B. recht erhebliche Zollschränken zwischen den Staaten geben und es wäre dann nur der Zustand wiederhergestellt, den man vor 25 Jahren noch als normal ansah.

Als separate Organisation muss die Agrarunion abgelehnt werden, um die derzeitigen Errungenschaften der Liberalisierung des europäischen Handels nicht zu gefährden. Eingebaut in das gemeinsame System dagegen ist die Freizügigkeit auf den landwirtschaftlichen Märkten nicht nur erwünscht, sondern sogar notwendig. Schlange

## *Die Besteuerung der Landwirtschaft in der Schweiz*

Die Schweiz ist ein Bundesstaat, der sich aus 25 einzelnen Staaten, den Kantonen, zusammensetzt. Die Steuergesetzgebung liegt überwiegend in den Händen dieser Kantone. Nur einige Steuern wie Wehrsteuer, Umsatz- und Luxussteuer

sind Bundessteuern. Der schweizerische Landwirt kann von folgenden Steuern betroffen werden: Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Grundsteuer und Umsatzsteuer. Die meisten dieser Steuern sind persönliche Steuern.